



Campusgrün Bayern – Landesverband Grüner Hochschulgruppen Positionspapier zur studentischen Mitbestimmung

Campusgrün Bayern fordert die Einführung der **verfassten Studierendenschaften** in Bayern, deren Kernpunkte **Unabhängigkeit** und **Finanzhoheit** für die Studierenden darstellen. Im Rahmen dessen soll auch eine **angemessene Repräsentation** der Studierenden in den verschiedenen **Gremien** der Universität gewährleistet werden, insbesondere soll auch die **Teilnahme politischer Hochschulgruppen** an dieser Repräsentation zugelassen werden. Grundvoraussetzung für diese Mitbestimmung ist **Transparenz** in sämtlichen Bereichen der Hochschule und ihren Gremien.

Campusgrün Bayern fordert die nachhaltige **Förderung von studentischem Engagement** an und außerhalb der Hochschulen. Insbesondere mit den strikten Regelungen der neuen Bachelorstudiengänge und der zusätzlichen Belastung durch Studiengebühren wird dieses Engagement sowohl zeitlich als auch finanziell zusehends erschwert. Daher setzt sich Campusgrün Bayern auch weiterhin nachdrücklich für die **Abschaffung von Studiengebühren** ein, da sie sozial-selektiv wirken und gerade Kinder aus ärmeren Familien abschrecken.

Campusgrün Bayern setzt sich für die **Autonomie der Universitäten** ein. Die Freiheit von Forschung und Lehre soll nicht durch die zunehmende Fixierung auf die vermeintlich **wirtschaftliche Verwertbarkeit** eingeschränkt werden.

Konkret fordert Campusgrün Bayern, die **Hochschulräte** als Entscheidungsgremium zu **entmachten**. Es muss zu einer Rückverlagerung der **Entscheidungsmacht auf die demokratisch gewählten Senate** kommen. Da sich Campusgrün Bayern der Bedeutung externen Fachwissens bewusst ist sollen die Hochschulräte weiterhin als **beratende Gremien** weiter existieren.

Bei der Besetzung des Senats sollen die **Studierenden** in Zukunft **zu gleichen Teilen** wie die Hochschullehrer vertreten sein. Auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter, sonstige Mitarbeiter, die Gleichstellungsbeauftragten sollen weiterhin **angemessen im Senat vertreten** sein.

Campusgrün Bayern fordert, dass **politische Hochschulgruppen** an sämtlichen politischen **Willensbildungsprozessen**, ohne inhaltliche Beschränkungen und Diskriminierung, teilnehmen können. So soll politischen Hochschulgruppen zum Beispiel an Münchener Universitäten eine uneingeschränkte Teilnahme an Hochschulwahlen ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang sollen auch politische Hochschulgruppen problemlos Räumlichkeiten der Universität nutzen können.

Beschlossen auf der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung am 1./2.11.2008 in Würzburg